



„Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds“

Mit schätzungsweise mehr als 200.000 Toten während der Jahre 1941 bis 1944 gehört Griechenland zu den Ländern, die besonders stark unter der deutschen Besatzung gelitten haben. Die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der gemeinsamen Geschichte ist in Deutschland weit weniger vorangeschritten, als dies im Verhältnis mit anderen Partnern seit dem Ende des Kalten Kriegs der Fall gewesen ist. Die aus griechischer Sicht nicht abgeschlossene Frage von Reparationszahlungen stellt für die Deutsch-Griechischen Beziehungen weiterhin eine Belastungsprobe dar. Bei seinem Griechenlandbesuch im März 2014 hat sich Bundespräsident Gauck in seinen Reden in Athen, Liniades und Ioannina klar zur politisch-moralischen Verantwortung Deutschlands für die Weltkriegsverbrechen der Jahre 1941 bis 1945 und der damit verbundenen besonderen historischen Verantwortung bekannt und im Namen Deutschlands die Familien der Ermordeten um Verzeihung gebeten.

Wir können begangenes Unrecht nur unzulänglich wieder gutmachen. Durch konkrete Einzelmaßnahmen und Gesten der Versöhnung können und wollen wir aber unser uneingeschränktes Bekenntnis zu unserer besonderen politisch-moralischen Verantwortung unterstreichen. Diese Gesten sollen über ihre Signalwirkung hinaus langfristig eine über lange Zeit hin von deutscher Seite unbearbeitete historische Belastung abbauen helfen und die bilateralen Beziehungen ehrlich und nachhaltig stärken. Eine Antwort auf griechische Reparations- und Entschädigungsforderungen kann und soll der Zukunftsfonds nicht sein.

Zu diesem Zweck hat der Deutsche Bundestag die Einrichtung des „Deutsch-Griechischen Zukunftsfonds“¹ beschlossen. Durch die aus diesem Fonds möglich gewordene Finanzierung einzelner Projektewollen wir

- mit dem Ziel der Etablierung einer deutsch-griechischen Erinnerungskultur die gemeinsame Geschichte der letzten 200 Jahre gemeinsam aufarbeiten und dabei insbesondere auch in Deutschland das Bewusstsein für die in Griechenland begangenen deutschen Weltkriegsverbrechen schärfen,

1 Als weiteres Instrument der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der gemeinsamen Geschichte soll ein Deutsch-Griechisches Jugendwerk geschaffen werden. Eine gemeinsame Absichtserklärung zu seiner Errichtung ist am 12.09.14 von Bundesministerin Schwesig und dem Botschafter der Hellenischen Republik in Deutschland in Anwesenheit der beiden Staatsoberhäupter in Berlin unterzeichnet worden.

und

- zur Versöhnung mit den Märtyrerdörfern und mit den jüdischen Gemeinden in Griechenland beitragen.

I. „Etablierung einer deutsch-griechischen Erinnerungskultur“

Das Wissen über die deutschen Weltkriegsverbrechen in Griechenland ist in der deutschen Öffentlichkeit nur wenig vorhanden. Auch ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik in beiden Ländern nicht in ausreichendem Umfang erfolgt. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den bilateralen Beziehungen der vergangenen 200 Jahre und insbesondere mit der deutschen Okkupation der Jahre 1941 bis 1944 soll die Basis einer gemeinsamen Erinnerungskultur bilden. Gefördert werden können u.a. zum Beispiel sich dieser Thematik widmende Gastdozenturen in Deutschland und Griechenland, wissenschaftliche Symposien und Forschungsvorhaben sowie Forschungsstipendien für Doktorandinnen und Doktoranden in beiden Ländern. Derartige Maßnahmen, die sich über die gesamte Laufzeit des Fonds bis 2017 erstrecken, werden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Rahmen des Programms „Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds“ administriert und verantwortet (www.daad.gr).

II. Versöhnung mit den Märtyrerdörfern

In den Gemeinden, die von verbrecherischen Vergeltungsaktionen deutscher Besatzungstruppen betroffen waren und heute größtenteils in einem „Netzwerk der Märtyrerdörfer“ zusammengeschlossen sind, wirkt die Erinnerung an die tragischen Ereignisse der Jahre 1941-1944 unverändert stark fort. Zugleich befinden sich diese oft kleinen, von Abwanderung junger Menschen betroffenen Landgemeinden mehrheitlich in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Deutschland möchte daher den klaren Worten von Bundespräsident Gauck in Lingiades, einer der besonders stark betroffenen Gemeinden, Taten folgen lassen und konkrete Zeichen der Versöhnung setzen. Im Rahmen der verfügbaren Mittel sollen daher Maßnahmen gefördert werden, die auf konkrete Anliegen und Erwartungen der Gemeinden eingehen und von diesen oder dortigen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorgeschlagen werden. Der Zukunftsfonds zielt auf die zwischenmenschliche Ebene und nicht auf eine rechtliche. Niemand erwartet daher von denjenigen, die den Fonds in Anspruch nehmen wollen, eine Änderung ihrer die Frage der Reparationszahlungen betreffenden Rechtsposition.

III. Versöhnung mit den jüdischen Gemeinden

Der Besuch des Bundespräsidenten in der jüdischen Gemeinde Ioannina im Rahmen seines Staatsbesuchs hat auch dort große Beachtung gefunden. Dennoch bestehen auch im Fall der jüdischen Gemeinden in Griechenland, v.a. der Gemeinde

Thessaloniki, Erwartungen an deutsche Wiedergutmachungsleistungen fort. Unbeschadet unserer auch in diesem Bereich abweichenden Rechtsposition wollen wir Zeichen der Versöhnung setzen und Maßnahmen fördern, mit denen wir dazu beitragen können, das Gemeindeleben in sozialer, kultureller und sonstiger Weise zu stärken. Auch hier wollen wir uns eng an den konkreten Anliegen und Erwartungen unserer Partner orientieren und unsere Entscheidungen mit ihnen abstimmen. Und auch hier erwarten wir keine Änderung ihrer die Frage der Reparationszahlungen betreffenden Rechtsposition.

Hinweise für Antragsteller:

Als Projektträger kommen Institutionen, Initiativen und Personen(gruppen) aus Deutschland und aus Griechenland in Frage. Projektbewerber aus Griechenland mögen sich mit der deutschen Botschaft in Athen oder dem Generalkonsulat in Thessaloniki in Verbindung setzen. Deutsche Bewerber wenden sich mit ihrem mit einem griechischen Partner abgestimmten Antrag an das Auswärtige Amt, Ref. 601 (601-R@diplo.de).